

# Sieben Monate nach der Auflösung der Komintern

Autor(en): **Deonna, Raymond**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **23 (1943-1944)**

Heft 9-10

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-159081>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Sieben Monate nach der Auflösung der Komintern.

Von Raymond Deonna.

## I. Einleitung.

Am 22. Mai 1943 gab der sowjetrussische Radio bekannt, daß die im Jahre 1919 in Moskau geschaffene revolutionäre Weltorganisation, die III. Internationale oder Komintern, am 15. Mai ihre Auflösung beschlossen habe. Diese Erklärung von weltgeschichtlicher Bedeutung hatte nach der Darstellung des Moskauer Senders folgenden Wortlaut:

„Es muß festgestellt werden, daß die kommunistische Internationale, so wie sie durch den 1. Kongreß im Jahre 1919 organisiert wurde, wenn sie auch den Bedürfnissen jener Zeit durchaus entsprach, inzwischen durch die Ereignisse überholt worden ist. Heute übersteigen die Aufgaben, die sich der internationalen Arbeiterbewegung stellen, die Möglichkeiten der gegenwärtigen Organisation der Komintern. Diese steht somit einer stärkeren Konsolidierung der Arbeiterbewegung im Wege. Der Weltkrieg hat die Unterschiede in der Stellung der kommunistischen Partei in den verschiedenen Ländern noch verschärft. Gegenwärtig besteht die Hauptaufgabe für die Völker und besonders für die Arbeiterklasse in Deutschland und den Achsenstaaten im Kampf um die Beseitigung des heutigen Regimes . . .“

Und weiter:

„Die Kommunisten haben nie an überholten Organisationsformen festgehalten. So hatte auch Karl Marx nicht gezögert, die 1. Internationale aufzulösen, als er den Zeitpunkt für gekommen erachtete. Auf Grund dieser Überlegungen schlägt das Präsidium des Vollzugsausschusses der kommunistischen Internationale vor:

1. die kommunistische Internationale als leitendes Organ der Welt-Arbeiterbewegung aufzulösen;
2. die angeschlossenen kommunistischen Parteien von ihren Verpflichtungen als Mitglieder der Komintern zu entbinden;
3. alle Anhänger der Internationale zur Teilnahme am Kampf gegen die Koalition Hitlers aufzufordern und den Untergang des Feindes der Arbeiterklasse, des deutschen Faschismus samt dessen Verbündeten, zu beschleunigen“<sup>1)</sup>.

Dieses Dokument ist unterzeichnet von den Mitgliedern des Präsidiums des Verwaltungsrates, u. a. von Generalsekretär Dimitroff, Shtanov, Manuilsky, Gottwald und Pieck (Deutschland), Ercoli (Italien), Kuusinen (Finnland), Marth und Thorez (Frankreich), ebenso durch die Mitglieder

<sup>1)</sup> Bei der aufmerksamen Lektüre dieses Textes muß man sich darüber Rechenschaft geben, daß durch diese Auflösung nicht etwa die kommunistische Tätigkeit lahmgelegt werden, sondern daß diese vielmehr „zu einer stärkeren Konsolidierung der Arbeiterparteien“ führen soll. Hervorzuheben ist ferner die Bezugnahme auf Karl Marx, der, wie in der Bekanntmachung gesagt wird, „nicht zögerte, die 1. Internationale aufzulösen, als er die Zeit dafür für gekommen erachtete“.

des Verwaltungsrates, speziell durch Dolores Ibarruri (Spanien), Anna Pauker (Rumänien) und Rakoczky (Ungarn).

Am 10. Juni 1943 ergänzte die „Prawda“, das offizielle Organ der russischen kommunistischen Partei, diese Bekanntmachung durch die Mitteilung, daß der Vorstand der Internationale die einzelnen Sektionen über die Zweckmäßigkeit der Auflösung befragt habe und daß alle kommunistischen Parteien diese gebilligt hätten.

So hat also diese internationale Organisation, welche die kommunistischen Parteien der ganzen Welt unter einheitlicher Leitung verband, nach vorhergehender Befragung ihrer Mitglieder<sup>2)</sup> theoretisch aufgehört zu existieren. Ihr unerwartetes Ende hat allgemeines Erstaunen hervorgerufen und zu verschiedenen irrtümlichen Auslegungen Anlaß gegeben.

Viele glaubten in dieser Geste Stalins einen Beweis dafür sehen zu können, daß die Sowjetmacht auf ihre revolutionären Absichten verzichte und zur orthodoxen Politik der Zaren zurückkehren werde, da sie es als unmöglich erkannt habe, weiter mit den angelsächsischen Mächten zusammenzuarbeiten, ohne den auf ihr lastenden Verdacht einer Propagierung des internationalen Bolschewismus zerstreuen zu können. Die einen nahmen dies an, weil sie geneigt waren, ihre Wünsche für Wirklichkeit zu halten, da sie das Zusammengehen der Angelsachsen mit der Sowjetunion trotz allem beunruhigte, andere, weil sie durch die intensive Propaganda von intereffizierter Seite einfach unrichtig orientiert waren.

So konnte man in einer Mitteilung aus London im „Journal de Genève“ vom 25. Mai 1943 lesen:

„Von jetzt an werden die ausländischen kommunistischen Parteien, wenn sie die Ratschläge von Moskau befolgen, „patriotisch“ und sie werden mit allen Kräften die Kriegsanstrengungen ihrer eigenen Länder unterstützen. Auf jeden Fall werden die Beziehungen der übrigen Alliierten mit der Sowjetunion damit auf eine normale Basis gestellt, was sich auf militärischem Gebiet sehr vorteilhaft auswirken wird. Hier liegt unzweifelhaft einer der Gründe, die Stalins Entscheidung beeinflusst haben. Es gibt aber noch andere, deren wichtigster darin besteht, daß Stalin realistischer und vorausschauender ist als die Mehrzahl der marxistischen Theoretiker und daß er die nationalen Interessen des modernen Rußland, das zu einem großen Teil sein Werk ist, nicht kompromittieren will um der bloßen Genugtuung willen, in andern Ländern und vor allem in den Nachbarländern der Sowjetunion kommunistische Staaten entstehen zu sehen.

Ein kommunistisches Deutschland mit 80 oder wenigstens 60 Millionen Einwohnern, denkt Stalin, wäre ebenso sehr eine Gefahr für Rußland wie ein kaiserliches oder hitlerisches Deutschland, vielleicht noch eine größere Gefahr, denn die Übereinstimmung im Namen und die scheinbare Ähnlichkeit im Regime würde Durchdringungen begünstigen, die der Regierung in Moskau Grund zu Mißtrauen bieten müßten. Da diese Gefahr nicht von vorn herein ausgeschlossen werden kann, will sich Stalin sichern, indem er sich den Vereinigten Nationen annähert, und diese nehmen ihrerseits die Möglichkeit wahr, enger

<sup>2)</sup> Bei dieser Gelegenheit ist es interessant, sich die hiefür symptomatische Tatsache zu merken, daß die schweizerische kommunistische Partei, obwohl sie 1939 jede Erwähnung einer Zugehörigkeit zur Dritten Internationale in ihren Statuten ausmerzte, trotzdem ersucht wurde, ihre Zustimmung zu geben.

mit Rußland zusammenzuarbeiten, nicht nur während des Krieges, sondern auch in der Periode des allgemeinen Wiederaufbaues, die dem Siege folgen wird.“

Sind diese Schlußfolgerungen richtig? Wird die aktive Tätigkeit der III. Internationale seit dem Dekret vom 15. Mai 1943 wirklich nicht mehr von einer Zentrale aus geleitet? Hat die Tätigkeit der örtlichen kommunistischen Parteien an Intensität abgenommen oder richtet sie sich nunmehr nach den nationalen Interessen? Das sind die zwei Grundfragen, die sich sicher viele Mitbürger stellen werden, die gegenüber der auf beiden Seiten entfesselten Propaganda objektiv zu bleiben versuchen.

Wir wollen hierauf durch Tatsachen und Dokumente, die deutlicher sprechen als alle Abhandlungen über die „slawische Seele“ oder die „Umwälzung in Rußland“, eine Antwort zu geben versuchen. Sieben Monate sind vergangen seit dem „Selbstmord“ der Internationale, und es ist jetzt viel eher möglich als damals im ersten Moment, die wirkliche Tragweite jener theatralischen Geste zu beurteilen.

## II. Die Komintern ist tot, es lebe die Komintern!

Die nachstehenden Tatsachen beweisen dem Beobachter, der nicht durch Leidenschaft verblendet ist, daß die Auflösung der Komintern weder die Aufhebung der Aktionseinheit der internationalen kommunistischen Parteien noch die „Nationalisierung“ der Ziele dieser Parteien bedeutet, daß diese vielmehr wie bisher fortfahren, die Interessen der Revolution denen ihrer eigenen Länder voranzustellen.

### a) Liquidationskomitee.

In erster Linie ist festzustellen, daß das Präsidium der kommunistischen Internationale an seiner Sitzung vom 8. Juni 1943 eine Kommission, bestehend aus Dimitroff, dem Generalsekretär der Internationale, Manuilsky<sup>3)</sup> und Pieck (demselben Agenten, den wir im deutschen Befreiungskomitee wieder finden) beauftragt hat, die „Geschäfte, Organe und Güter der kommunistischen Internationale“ zu liquidieren (Sozialistisches Bulletin, Geheimorgan, Ende Juni 1943, S. 3). So wurde das oben genannte Präsidium durch ein Triumvirat ersetzt, dessen Tätigkeit seither nie aufgehört hat. Man kennt auch auf geschäftlichem Gebiet solche Liquidationskommissionen, die oft jahrelang die Geschäfte des früheren Verwaltungsrates besorgen...

### b) Die rote Gewerkschafts-Internationale und die kommunistische Jugend-Internationale bleiben bestehen.

Im weiteren ist darauf hinzuweisen, daß das Auflösungsdekret nichts erwähnt von einer gleichzeitigen Auflösung zweier internationaler auf den

<sup>3)</sup> der nach dem sowjetrussischen Radio soeben von Stalin eine Auszeichnung für „der Revolution geleistete Dienste“ erhalten hat.

Umsturz gerichteter Organisationen, die ebenso wichtig sind wie die kommunistische Partei selbst, nämlich die Profintern oder rote Gewerkschafts-Internationale, deren Sitz natürlich in Moskau ist und die die Gewerkschaften der extremen Linken der ganzen Welt vereinigt, und die Kommunistische Jugend-Internationale oder KJM, die die Jungkommunisten der ganzen Welt umfaßt, einen besondern Vollzugsausschuß besitzt und in normalen Zeiten regelmäßig ihre Kongresse in Moskau abhält. Diese beiden internationalen Organisationen bestehen also weiter. Die Profintern zum Beispiel wird zu der Weltkonferenz der Arbeit, die im Juni 1944 stattfinden soll, Abgeordnete schicken („Le Peuple“ vom 6. November 1943). Was die kommunistische Jugend-Internationale betrifft<sup>4)</sup>, so darf man, da für ihr Verschwinden keine Anhaltspunkte bestehen, annehmen, daß sie den scheinbaren Selbstmord der älteren Organisation nicht mitgemacht hat.

c) Die internationalen Hilfskomitees bestehen ebenfalls weiter.

Es ist bekannt, daß neben den kommunistischen Parteien und den beiden eben erwähnten Internationalen noch zahlreiche auf den Umsturz gerichtete internationale Hilfsorganisationen geschaffen wurden, deren Ziel darin bestand, unter dem Deckmantel des Sportes, der Unterhaltung, geistiger oder humanitärer Bestrebungen jene Kreise, die die kommunistische Partei als solche abgelehnt hätten, zu veranlassen, indirekt zum Vorteil der kommunistischen Pläne zu handeln. Unter diesen Organisationen sind zu nennen der VDA (Gesellschaft für kulturelle Beziehungen mit der Sowjetunion), die Internationale für den Unterricht, jene für den Sport („Sportintern“), die Internationale Rote Hilfe, die esperantistische Internationale, jene der Bauern usw. Diese Hilfsinternationalen, die in den meisten Ländern ihre Sektionen haben, sind im Auflösungsdekret keineswegs inbegriffen und führen daher ihre Tätigkeit weiter wie die Profintern oder die kommunistische Jugend-Internationale. Ebenso liest man in der schwedischen sozialistischen Presse, daß die Internationale Rote Hilfe weiter funktioniert und wie vorher dem internationalen Kommunismus als Verbindungs- und Finanzorgan dient.

d) Die Kommunisten erklären selbst, daß die Auflösung der Komintern nur ein Manöver sei.

Ein wesentliches Dokument, das nicht etwa erfunden wurde und das uns durch zwei verschiedene Quellen zur Kenntnis gekommen ist, beweist, daß die verantwortlichen Leiter der revolutionären

<sup>4)</sup> Radio Moskau teilte am 28. Oktober mit, daß die kommunistischen Jugendorganisationen ihr 25jähriges Jubiläum mit großen Demonstrationen gefeiert hätten. In den bei diesem Anlaß gehaltenen Reden findet man in mehrfacher Wiederholung Anspielungen auf die internationale Rolle der kommunistischen Jugend.

Organisationen mit der Auflösung der kommunistischen Internationale nur ihre Umsturzaktionen erleichtern wollten, indem sie ein effektives Hindernis für ihre Propaganda scheinbar beseitigten. Diese Absicht ist, wie wir weiter oben gesehen haben, auch schon bei aufmerksamer Lektüre der Ausführungen des Auflösungsbeschlusses ersichtlich. Der nachfolgende Text aber, der nach den Anweisungen aufgestellt wurde, die den Leitern der verschiedenen europäischen kommunistischen Parteien vor der Auflösung geschickt wurden, spricht noch deutlicher. Die verantwortlichen Leiter der verschiedenen kommunistischen Parteien wurden benachrichtigt, daß nächstens eine sensationelle Geste von der Moskauer Zentrale ausgehen werde und daß diese Demonstration nur das eine Ziel habe, der Arbeiterbewegung ihre Aufgabe zu erleichtern:

„In einigen Tagen wird das Präsidium des Vollzugsausschusses der Internationale eine Entscheidung von größter strategischer Tragweite treffen. Diese Maßnahme wird getroffen werden auf Grund des Art. 8 der Schlußresolution des IV. Weltkongresses der kommunistischen Internationale, und unsere Kameraden werden verstehen, daß ihr Ziel darin besteht, die Propagandaarbeit für alle Sektionen zu erleichtern. Es handelt sich in der Tat darum, für unsere Sache alle jene Arbeitermassen zu gewinnen, die mit den kommunistischen Ideen bisher nicht einverstanden waren. Für einen Kommunisten zählen aber nur die Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin. Es ist notwendig, dies noch einmal allen unsern Instanzen in Erinnerung zu rufen, bevor die zu erwartende Entscheidung öffentlich bekannt gegeben wird. In der gegenwärtigen Zeit können die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe der Arbeiterklasse nicht gewonnen werden, wenn sie nicht durch eine internationale Zentralstelle geleitet werden.“

(„The Tablet“, August 1943; les Archives du Temps présent, Pressebulletin Nr. 12/43 vom 27. August 1943 und andere Quellen.)

Sind diese Sätze nicht bezeichnend und beweisen sie nicht besser als byzantinische Diskussionen die Bedeutung, die die Urheber der kommunistischen Weltbewegung ihrer Entscheidung vom 15. Mai 1943 beigemessen haben?

e) Die kommunistischen Parteien bestehen weiter.

Man vergißt im übrigen leicht, daß die kommunistische Internationale sich aus der Gesamtheit der kommunistischen Parteien der Welt zusammensetzt. Diese aber sind nicht verschwunden. Sie haben weiterhin als grundsätzliche Lehre das Programm der kommunistischen Internationale, das durch das Auflösungsdekret niemals aufgehoben wurde. Sie handeln weiter nach den gleichen Grundsätzen, was ihnen vermutlich noch erleichtert wird, wie die Erklärungen in ihren Geheimorganen beweisen:

„Viele haben die Vorteile der Auflösung der kommunistischen Internationale noch nicht begriffen oder wollen sie nicht begreifen. Sie erklären sie ganz unangebrachterweise als ein Eingeständnis der Ohnmacht...“.

„Die kommunistische Internationale hat, indem sie ihre Auflösung beschloß, keinen Augenblick ihr Werk verleugnet.“

„Die kämpfenden Revolutionäre der Profintern sind nicht bereit, die Bürger von Calais zu spielen.“

(Sozialistisches Bulletin, kommunistisches Geheimorgan, anfangs Juni 1943.)

Diese unwiderleglichen Beweise bestätigen die Versicherungen der englischen Zeitschrift „The Weekly Review“ vom 27. Mai 1943:

„Das Verschwinden des Wortes Komintern, womit die Bedeutung des Anti-Komintern-Paktes verloren geht, soll wohl bezwecken, die Sowjetregierung in Amerika und vielleicht auch in den am stärksten antikommunistischen Staaten in Europa annehmbarer zu machen . . . Was für Änderungen auch in der Sowjetpolitik eintreten mögen und was auch immer die Gründe für jene Entscheidung sein mögen, eines ist klar: die Auflösung der Komintern ist nichts anderes als Propaganda. Diese bleibt, wie sie es immer war, ein integrierender Bestandteil des Sowjetsystems.“

### III. Die Lage seit der Auflösung der Komintern, vom revolutionären Gesichtspunkt aus gesehen.

#### A. Auf europäischem Gebiet.

Es braucht keine langen Erklärungen, um zu zeigen, daß der allgemeine Zustand der europäischen Staaten einen immer günstigeren Nährboden für revolutionäre Betätigung darstellt.

In den besetzten Gebieten vor allem erträgt die Bevölkerung mit immer weniger Geduld das fremde Joch, das täglich schwerer wird. In diesem seelischen und materiellen Elend ist es nur natürlich, daß diese Bevölkerung mit einer gewissen Sympathie auf Kreise hört, die versichern, sie hätten als einzige den Faschismus von Anfang an bekämpft.

Es beginnt auch einer der apokalyptischen Reiter, der Hunger auf dem schwarzen Pferd, über die Länder Europas zu jagen. Nach den neuesten Erklärungen von Herbert S. Lehmann, Direktor des „Bureau of Foreign Relief and Rehabilitation“ zählt man gegenwärtig in den besetzten Ländern 11 Millionen Stück Vieh, 3 Millionen Pferde, 12 Millionen Schweine und 11 Millionen Schafe weniger als zur Zeit des letzten Friedensjahres. Nach seinen Feststellungen haben in Norwegen, Belgien, Holland und Frankreich 70 Millionen Männer, Frauen und Kinder nicht die geringsten Reserven an Kleidungsstücken und andern Bedarfsartikeln. Eine Bevölkerung mit leerem Magen hat aber bekanntlich kein Gehör, oder sie hört vielmehr dann, wenn irgendwelche Demagogen ihr eine Verbesserung ihres Loses versprechen oder vorgeben, gegen die Schwarzhändler und Kriegsgewinnler vorzugehen.

Schließlich haben die Deportationen der Bevölkerung durch die Besatzungsmacht und die Auswanderung der Bewohner bombardierter Städte eine Unordnung und eine Nivellierung der Lebensbedingungen zur Folge, die durch die Gleichsetzung im Elend und in der Entwurzelung einen vor-kommunistischen Zustand hervorrufen.

Es ist nur zu verständlich, daß die revolutionären Parteien diese Situation ausnützen.

Wir geben anschließend kurz einige Beispiele ihrer Tätigkeit, die der besonderen Lage in den einzelnen Ländern angepaßt ist.

## B. Die Tätigkeit der kommunistischen Parteien.

1. Das französische Mutterland befindet sich bekanntlich in einem Zustand zunehmender Unordnung. Gewiß setzen sich die Widerstandsbewegungen, die oft unter dramatischen Bedingungen gegen die offizielle Regierung und die Besatzungsbehörden kämpfen, nicht nur aus Kommunisten zusammen. Zahlreich sind unter ihnen patriotische Organisationen, die durch Offiziere von Rang geleitet werden und einer strikten Disziplin unterliegen, die Sabotageakte und wohl überlegte Strafexpeditionen unternehmen und sich vorbereiten auf den Tag der Befreiung. Aber neben diesen Organisationen oder, was noch gefährlicher ist, in ihrer Mitte, betreiben zahlreiche militante Kommunisten einzeln oder in Gruppen im Solde ihrer weitläufigen geheimen Organisation mit großer Fähigkeit ihre Agitation.

So hat die französische kommunistische Partei in letzter Zeit der Arbeit unter der Jugend des Landes ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Die Bundesleitung der französischen kommunistischen Jugend besteht immer noch. Sie betreibt unter Tausenden von Jugendlichen eine intensive Propaganda; so werden wöchentlich mehrmals durch die kommunistischen Geheimsender besondere Sendungen für die Jugend veranstaltet. Zu Anfang des Jahres 1943 kündigten diese Sender und die Geheimpresse die Schaffung einer ähnlichen Organisation mit dem Titel „Forces unies de la Jeunesse“ an, in der die kommunistische Jugend einen wichtigen Platz einnimmt und die sich als Devise die Formel zum Ziele genommen hat: „Die nationale Befreiung ist nicht zu trennen vom nationalen Aufstand.“

Was die kommunistische Geheimpresse betrifft, so ist diese sehr stark verbreitet. Es ist allerdings oft schwierig, die genaue Tendenz dieser zahlreichen illegalen Zeitungen zu erkennen. Erwähnen wir davon nur die wesentlichsten: „L'avant-garde, organe des jeunes communistes de France“. „L'Elan“, Organ der kommunistischen Jugend von Ardèche und la Drôme, der „Jeune Combat“ Sammelorgan der Jugend gegen den Hitlerismus und für die Befreiung Frankreichs, „Revanche“, „Libre France“ usw.

Die französischen Kommunisten haben in den Zusammenrottungs- und Widerstandsbewegungen eine aktive und leitende Rolle gespielt. So wandten sie sich an die Mitglieder der illegalen Bewegungen, an Katholiken, Protestanten, Sekten, an die nationalen Vereinigungen und an die „Kameraden der Straße“ mit der Anfrage, ob sie mit ihnen eine gemeinsame Kampffront gegen den Unterdrücker bilden wollten.



2. Die Tagespresse hat ausführliche Informationen vermittelt über die von der kommunistischen Partei im dissidenten Frankreich (Nordafrika) ausgeübte Tätigkeit. In dieser Hinsicht ist es vor allem interessant, die Auffassung hervorzuheben, die der Sonderbeauftragte der kommunistischen Tageszeitung in London, des „Daily Worker“, mit Bezug auf die Entwicklung und den Einfluß der kommunistischen Partei im Rahmen des nationalen Befreiungskomitees in Algier bekennt:

„Die kommunistische Partei ist die einzige bestehende Massenpartei in Nordafrika. Sie hat die engsten Beziehungen zur Widerstandsbewegung in Frankreich, bei der die französischen Kommunisten an der Spitze stehen. Schließlich ist sie auch die einzige politische Gruppe in Nordafrika, die in Wirklichkeit Franzosen, Araber, Kabylen und Juden zusammen umfaßt.

Ein einziges Merkmal beweist, in welchem Punkte die Leiter dieser Partei ihr eine wesentliche Bedeutung und Macht zuerkennen. Es gibt kaum ein Mitglied des französischen Befreiungskomitees, das nicht öffentlich die Ehre für sich in Anspruch nehmen würde, für die Legalisierung der kommunistischen Partei und die Bewilligung zum offiziellen Erscheinen der kommunistischen Zeitung „Liberté“ verantwortlich zu sein.

Würde man einen Blick auf die Zusammenstellung des Kampffonds dieser Zeitung werfen oder die Briefe lesen, welche die Geldsendungen begleiten und würde man beobachten, wie im Bureau der Zeitung die Mitglieder ihre Beiträge abliefern, so würde man einen genauen Begriff gewinnen von den wirklichen Kräften, die diese Zeitung und die kommunistische Partei in Nordafrika wieder belebt haben.

Die Ziffern zeigen ein unglaubliches Anwachsen der Anhängerzahl des Kommunismus im Laufe der kurzen Zeitspanne seit der Legalisierung der Partei. Die Unterstützung, die dem kommunistischen Organ gewährt wurde, ist ein Beweis dafür, daß das Geschwäg der andern Zeitungen keineswegs die Meinung der Bevölkerung Nordafrikas wiedergibt.“

(M. Pitcairn, Sonderbeauftragter der kommunistischen Tageszeitung „Daily Worker“, am 3. August 1943.)

In der Tat ist bekannt, daß das nationale Befreiungskomitee am 25. Juni 1943 das Dekret Daladiers, das die kommunistische Partei als illegal erklärte, annullierte und damit die 26 kommunistischen Deputierten in Nordafrika, die seit 1939 gefangen gehalten wurden, wieder in ihre bürgerlichen Rechte einsetzte. Später wurde mehreren auf geheimem Wege aus Frankreich gekommenen kommunistischen Vertretern ein Platz in der beratenden Versammlung in Algier, die anfangs November zusammentrat, eingeräumt. Darunter befanden sich Fernand Grenier, der frühere Deputierte von St. Denis, Pourtalet, der frühere Deputierte von Grasse, und Mercier, ein früherer Deputierter aus Paris usw.

Neuestens wurde Bogomoloff, der frühere Gesandte der Sowjetunion in Vichy, Minister bei den Exilregierungen in London und Kairo, beim französischen Komitee in Algier akkreditiert. Er begab sich auf seinen Posten in Begleitung von 30 Mitarbeitern, unter denen sich der berühmte französische Kommunist André Marty befindet, der sich kurz darauf mit dem Präsidenten der französischen kommunistischen Partei, Thorez, traf, der 1939 nach Moskau geflohen war.

Als Krönung des Vorrückens der Kommunisten zu den leitenden Stellen wurden schließlich in der Regierung von Algier zwei Ministerplätze, jener für die industrielle Produktion und jener für die Volksgesundheit, den Kommunisten L. Midol und E. Fajon angeboten.

3. In D e u t s c h l a n d sind Auskünfte über die geheime kommunistische Tätigkeit sehr schwer zu erhalten. Was man darüber weiß, ist einzig, daß die kommunistische Geheimorganisation in Deutschland im September einen roten Gewerkschaftskongreß abhielt, der einen Fortschritt der kommunistischen Durchdringung in verschiedenen Industriezweigen und unter den ausländischen Arbeitern feststellte, welche letztere, was wohl zu bemerken überflüssig ist, inmitten der Bevölkerung des Dritten Reiches im Falle innerer Erschütterungen ein unzuverlässiges Element darstellen.

4. Die Lage in I t a l i e n, das in zwei unter verschiedenen Regierungen stehende Teile zerrissen ist, auf dessen Boden sich fremde Armeen bekämpfen, wo der Hunger und die Auflösung der Ordnung überhandnehmen, verdient in diesem Zusammenhang ebenfalls unsere Aufmerksamkeit. Es ist bekannt, daß die antifaschistischen Parteien seit dem Sturz Mussolinis ihre Existenz durch mehrere Proklamationen, in denen sie die Errichtung einer „Volksregierung“ forderten, bewiesen haben. Diese antifaschistischen Parteien umfassen die Gruppen des liberalen Wiederaufbaues, die demokratische und die christliche Bewegung, die Aktionspartei, die sozialistische Partei für die proletarische Einheit und die k o m m u n i s t i s c h e P a r t e i. In dem der faschistischen Regierung unterstehenden Gebiet werden diese Gruppen scharf unterdrückt. In dem von den Alliierten besetzten Gebiet erscheint die kommunistische Partei gleichberechtigt neben den übrigen politischen Gruppen, und ihr Einfluß scheint keineswegs nebensächlich. Ja man kann sagen, daß sie neben der katholischen Partei von Don Sturzo die einzige wichtige Partei mit einem sicheren Zusammenhalt und einer bestimmten Doktrin darstellt. Die kommunistische Partei Italiens steht unter den Parteien, welche die Abdankung König Viktor Emanuels III. verlangen, an erster Stelle.

5. Es fehlt uns der Raum, um auf die Tätigkeit der kommunistischen Parteien in andern besetzten Ländern, besonders in den B a l k a n s t a a t e n und den s k a n d i n a v i s c h e n L ä n d e r n, einzugehen. Es genügt wohl zu sagen, daß diese Tätigkeit genau so weitergeht, wie wenn die Komintern nie zu bestehen aufgehört hätte.

6. In S p a n i e n entfaltet die kommunistische Partei weiterhin eine lebhaftige Agitation, entweder illegal, wie auf dem Boden der Halbinsel selbst, oder legal, wie in Mexiko, wohin sich zahlreiche ihrer Mitglieder geflüchtet haben. Ebenso haben die in d e r S c h w e i z wohnenden Spanier von Seiten einer anonymen Ausgabestelle als Propaganda einen Bericht über eine neue G e h e i m s i c h u n g d e r s p a n i s c h e n k o m m u n i s t i s c h e n P a r t e i in Madrid erhalten. Es handelt sich um ein umfangreiches Schriftstück von 35 vervielfältigten Seiten. Die Einleitung zu diesem

Dokument legt Wert darauf, daß „diese Mitteilung allen unsern Staatsangehörigen ohne Unterschied der Partei zur Kenntnis gebracht werden muß“ und fährt fort mit einer Verherrlichung der sowjetrussischen Politik.

7. Nicht weniger interessant ist es, die Stellung der kommunistischen Partei in den angelsächsischen Staaten, den Alliierten der Sowjetunion, näher zu untersuchen.

In England lehnte die Labourpartei am 16. Juni mit 1 951 000 gegen 712 000 Stimmen die Zulassung der kommunistischen Partei ab und bewies damit einmal mehr die politische Reife des englischen Volkes, wo sowohl die Arbeiter wie die übrige Bevölkerung sehr wohl einen Unterschied zu machen wissen zwischen der militärischen Allianz mit Sowjetrußland und der revolutionären politischen Gruppe, welche die kommunistische Partei als solche verkörpert. Die englische Regierung ergreift weiterhin strenge Maßnahmen gegen kommunistische Agenten. So wurde am 7. August 1943 D. J. Springhall, einer der Leiter der englischen kommunistischen Partei, als geheimer Staatsfeind zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt, weil er einen Agenten ins Luftfahrtministerium eingeführt hatte, um geheime Dokumente und andere Informationen zu erhalten. Die englische Presse kommentiert diese Verurteilung wie folgt:

„Die Verurteilung nicht eines beliebigen Mitgliedes der Partei, sondern eines ihrer wichtigsten und angesehensten Leiters wegen Spionage, bedeutet für die heute so ansehnliche kommunistische Partei ein fatales Ereignis. Nach 24-stündiger Prüfung dieser Frage veröffentlichte der leitende Ausschuß der Partei eine Erklärung, worin sie jede Kenntnis der ihrem Leiter zur Last gelegten Handlungen bestritt. Dieses Verhalten erscheint von Seiten einer so streng disziplinierten Partei äußerst merkwürdig. Springhall vertrat die Partei in ganz Europa. Er ist bekannt als ein treuer Anhänger, dessen Fuß nicht einen Zoll breit von der Partei abgewichen ist.“ („Time and Tide“, August 1943.)

Nach der „Fortnightly Review“ vom August 1943 hat die Zahl der Mitglieder der Partei selbst, die im Jahre 1939 16 000 betrug, 1943 41 000 überschritten. Im selben Artikel zeigt diese Zeitschrift die Wandlungen in der Haltung der kommunistischen Partei, die genau auf die internationale Politik der Sowjetunion abgestimmt war, und lenkt die Wachsamkeit der Bürger auf das Mißtrauen, das man dieser politischen Gruppe entgegenbringen muß. Es gibt noch zahlreiche ähnliche Dokumente, die zeigen, daß Tausende englischer Politiker über die antinationale Politik, welche die kommunistische Partei immer noch verfolgt, vollständig im Klaren und auf dem Laufenden sind.

8. Interessant ist die Tatsache, daß die sozialistische Partei von Canada im September eine ähnliche Beitrittseinladung der kommunistischen Lokalpartei ablehnte.

9. Die spärlichen Informationen aus den Vereinigten Staaten zeigen, daß die Tätigkeit der kommunistischen Partei seit der Auflösung der Komintern nicht aufgehört hat. Am 6., 7. und 8. November fanden dort riesige Zusammenkünfte zugunsten der sowjetistisch-amerikanischen

Freundschaft statt, in denen zahlreiche einflußreiche Mitglieder der extremen Linken eine wichtige Rolle spielten.

#### 10. Wie steht es in der Schweiz?

Die Auflösung der Komintern wurde, wie wir am Anfang dieser Darstellung geschrieben haben, durch die *schweizerische kommunistische Partei* ausdrücklich gebilligt und zwar mit folgenden Worten, die man sich wohl merken muß:

„Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Schweiz hat zum Vorschlag des Vollzugsausschusses folgende Resolution gefaßt:

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei nimmt Kenntnis vom Vorschlag des Präsidiums des Vollzugsausschusses der kommunistischen Internationale betreffend die Auflösung der kommunistischen Internationale.

Das Zentralkomitee der schweizerischen kommunistischen Partei billigt diesen Vorschlag und hat beschlossen, der „Fédération Socialiste Suisse“ beizutreten, deren konsequente sozialistische Politik die Einheit und den Zusammenhang der Arbeiterbewegung in Genf aufrecht erhalten und sie zum Siege geführt hat.“

Basel und Zürich, am 30. Mai 1943.

Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei.“

Aus dieser Entscheidung geht hervor, daß die Gruppe von Nicole und die schweizerische kommunistische Partei von jetzt an eine einheitliche revolutionäre Organisation bilden. Dies war die erste Folge der Auflösung der kommunistischen Internationale.

Diese Konzentration der Kräfte der extremen Linken, die mit der Fusion zwischen der F. S. S. und der Schweizerischen Kommunistischen Partei begann, wurde nach einer Geheim Sitzung zu Pfingsten 1943 in Genf erweitert, an der alle revolutionären Führer der Schweiz anwesend waren, von der scharlachroten Linken bis zur granatroten Tendenz. Es ist wertvoll, ihre Namen zu kennen, denn sie repräsentieren im Grunde den Generalstab der extremen Linken in der Schweiz, deren Vereinigung — in Analogie zu ähnlichen Konferenzen am Ende des letzten Krieges — beweist, daß die Parteigänger der Revolution unter sich eine bestimmte Organisation zur Erreichung ihrer Ziele geschaffen haben. Die Anwesenden waren: Léon Nicole, Jean Vincent (früherer Leiter der kommunistischen Partei in Genf) Nationalrat Dellberg, Fürsprecher Canova, Präsident der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Graubünden, Louis Piquet, Stellvertreter von Nicole, A. Karlen (Lausanne), A. Muret, früherer Mitarbeiter des „Travail“, Dr. Miéville (Vevey), Otto Brunner und E. Woog, kommunistische Führer in Zürich, M. Bodenmann, früherer schweizerischer Delegierter im Kongreß der Komintern, der bekannte Kommunist E. Arnold (Basel), R. Hofmaier, Generalsekretär der schweizerischen kommunistischen Partei, Dr. Rosenbusch (Basel), Dr. Hans Mühlestein, früherer Redaktor des linksgerichteten Organs „Wissen ist Macht“, M. Weiß, Mitglied des

Gemeinderates von Zürich, und Nes, Präsident der Sozialdemokratischen Partei in Appenzell, der für ihre extremistische Orientierung bekannt ist.

Diese neue Lage, durch eine Geste von Moskau geschaffen, die denjenigen, welche der kommunistischen Partei ihre ausländische Bindung zum Vorwurf machten, scheinbar ein wichtiges Argument aus den Händen nahm, brachte die Sozialdemokratische Partei der Schweiz in eine schwierige Lage. Sollte die kommunistische Partei, die scheinbar rein national geworden war und in Bezug auf ihre Doktrin eine ähnliche Basis hatte wie die schweizerische Sektion der II. Internationale, noch beiseite gelassen werden oder sollte man mit ihr zusammen eine proletarische Einheitsfront bilden, ein Ziel, das von jeher eifrig verkündet worden war? Die zahlreichen Diskussionen hierüber im Schoße der sozialistischen Partei sind bekannt. Der Parteikongreß stimmte am 5. September in Winterthur einer Resolution zu, welche die Aufhebung des Verbotes der „verbotenen Arbeiterparteien“ forderte, jedoch strenge Bedingungen für die Zulassung der früheren Kommunisten in ihrer Mitte aufstellte. Diese Vorbehalte von Seiten der Leiter der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz gegenüber den Kommunisten zeigen, wie sehr die sozialistischen Führer sich Rechenschaft geben über die wirklichen Ziele der streitbaren Vertreter der extremen Linken, und daß sie ihre Gruppen vor der Durchsetzung mit diesen Elementen schützen wollen. Nach ihrer Ansicht kann unser Land ohne Vorbehalt die Tätigkeit der kommunistischen Partei zulassen, nur nicht die Partei selbst...<sup>5)</sup>.

Was die kommunistische Tätigkeit in der Schweiz betrifft, so wurde diese auch nach der Auflösung der Komintern wie früher fortgesetzt. Verbotene Organe wie das „Sozialistische Bulletin“, die „Neue Welt“, „L'Étincelle“, „Russische Informationen“, illegale Schriften und Publikationen werden weiter im Geheimen verteilt. Bei allen diesen Dokumenten muß man sich Rechenschaft geben über die enge ideologische Bindung, die weiter besteht zwischen der Sowjetunion und der kommunistischen Partei. So ist die Hälfte der Juni-Nummer des Blattes „Die neue Welt“ der Zustimmung zur Politik der Sowjetunion und den Nachrichten über „die Tätigkeit der internationalen Arbeiterbewegung“ gewidmet, der Rest enthält Aufrufe zur Revolution. Die Aufdeckung des Komplottes in Luzern am 23. November hat auf die unterirdische Tätigkeit der extremen Linken ein neues Licht ge-

---

<sup>5)</sup> Dieses Mißtrauen, das seitens der Sozialdemokratischen Partei der Fédération Socialiste Suisse und der kommunistischen Partei gegenüber bezeugt wird, ist besonders aus der Resolution der sozialdemokratischen Partei vom 29. November ersichtlich. Dieser Beschluß fordert von den extremistischen Organisationen die Auflösung, bevor sie in die Partei aufgenommen werden können. Die Zweideutigkeit besteht also nach wie vor: einerseits wird die Auflösung der Linksparteien verlangt, andererseits aber wird für dieselben Parteien die Wiederherstellung ihrer legalen politischen Betätigung gefordert.

worfen. Endlich hat das Communiqué der Bundesanwaltschaft vom 15. Dezember, das die Entdeckung der kommunistischen Geheimdruckerei in Bern bekanntgab, welche mit großzügigen Mitteln die obenerwähnten Dokumente verbreitete, abermals die Zähigkeit und die Anpassungsfähigkeit des illegalen kommunistischen Apparates unter Beweis gestellt.

### C. Die Moskauer „Befreiungskomitees“.

Ein neues Tätigkeitsgebiet der Sowjetunion in Europa wird verkörpert durch die Schaffung von „nationalen Befreiungskomitees“. Diese, aufgestellt auf russischem Boden, haben zum Ziel, indem sie einesteils auf die patriotischen Gefühle der interessierten Länder, andernteils auf die gegensätzliche Einstellung der Bevölkerung zum gegenwärtigen Regime spekulieren, dem Einfluß Sowjetrußlands und damit der Moskauer Ideologie in jenen Ländern das Übergewicht zu geben. Diese außerhalb des nationalen Bodens aufgestellten Komitees haben in der Politik der Sowjetunion die Bedeutung eines Ergänzungsinstrumentes, so wie jeder gute Spieler alle verfügbaren Karten benützt: auf militärischem, diplomatischem und revolutionärem Gebiet, wobei das eine das andere nicht ausschließt, ja ihm oft widerspricht. Es erscheint daher nützlich, die Zusammensetzung und die Ziele dieser verschiedenen Komitees, deren Bestehen auch die Alliierten der Sowjetunion schon beschäftigt hat, näher zu prüfen.

#### a) Das panlawische Komitee.

Vielleicht das wichtigste dieser Komitees ist das „panlawische Komitee“, von dem der Moskauer Radio häufig spricht und das zum Ziele hat, indem es geschickt die gemeinsamen Gefühle, welche die slawischen Völker untereinander verbinden, und revolutionäre Schlagworte miteinander vermischt, die Tätigkeit der Sowjetunion in den Gebieten dieser Rasse zu vereinheitlichen. Dieses aus polnischen, tschechoslowakischen, jugoslawischen und bulgarischen Vertretern zusammengesetzte Komitee ist am 3. Mai in Moskau unter dem Namen „antifaschistisches panlawisches Komitee“ zu einer Vollversammlung zusammengetreten. Am 16. und 17. Oktober hat es sich von neuem versammelt und an Stalin, den Oberbefehlshaber der Roten Armee, eine Huldigungsbotschaft geschickt.

#### b) Polnisches Komitee.

Neben dieser allgemeinen Organisation haben die Sowjets für die Mehrzahl der slawischen Länder, die sie als zu ihrer Einflußzone gehörend betrachten, besondere Komitees aufgestellt. Anfangs Juni wurde in Moskau das „Polnische Befreiungskomitee“ gegründet, ernannt durch eine „Versammlung, zusammengesetzt aus Delegierten, Arbeitern, Bauern und Intellektuellen aus allen Teilen der Sowjetunion“ (Radio Moskau am 16. Juni 1943). An seine Spitze wurde — und dies zeigt die Tendenz dieses Komitees — Wanda Waffilevska, Mitglied des obersten Sowjets seit

26. März 1940, gestellt. Außerdem kämpft eine von diesem Komitee abhängige polnische Division, die „Division Tadeusz Kosciuszko“, auf Seiten der Roten Armee ohne irgendwelche Verbindung mit der polnischen Exilregierung in London.

### c) Deutsches Komitee.

Im Juli 1943 wurde in Moskau ein Komitee „Freies Deutschland“ gegründet, was, um nicht mehr zu sagen, bei den angelsächsischen Alliierten der Sowjetunion ein gewisses Erstaunen hervorrief. An seine Spitze wurde der linksstehende deutsche Schriftsteller Erich Weinert, früherer Redaktor der Berliner Zeitschrift „Die Weltbühne“, gestellt. Es finden sich an seiner Seite Major Herz von Königsberg, Fliegerleutnant H. Graf von Einjiedeln, die beiden deutschen kommunistischen Führer Pieck (der, wie wir weiter oben gesehen haben, Mitglied des „Liquidationskomitees“ der Komintern ist) und Florin. Am 20. September verkündete Radio Moskau, daß 100 Abgeordnete der in Rußland gefangenen deutschen Offiziere als Vertreter von fünf Offiziers-Gefangenenlagern am 14. Oktober beschloßen hätten, dem deutschen Befreiungskomitee beizutreten. Der Präsident dieser Vereinigung deutscher Offiziere, die Vertreter ins Komitee geschickt hatte, ist General W. v. Seydliß, der Vizepräsident Ed. v. Daniels. Dieses erweiterte Komitee erließ einen Aufruf an das deutsche Volk mit der Aufforderung, den Kampf einzustellen und die Demission Hitlers zu verlangen, um „eine Regierung nach dem Volkswillen zu bilden“.

Es mag erstaunen, daß man in derselben Organisation Vertreter der deutschen Militärfaste und bekannte Kommunistenführer Seite an Seite findet. Ganz abgesehen von den traditionellen Beziehungen, die zwischen Rußland und der deutschen Armee stets bestanden haben, scheinen eben die Sowjets folgendes Spiel zu treiben: Offenbar gedenken sie sich der alten politischen Erfahrung dieser gewiegten Vertreter der Linken zu bedienen, um dieses Komitee mehr und mehr ihren Wünschen gefügig zu machen. Denn gegenüber geübten Politikern, die die Massen zu behandeln verstehen und mit der nötigen Berechnung vorgehen, verlieren, so denken sie, die Militärs schnell ihr Übergewicht. Daß dies die Hoffnung der Sowjets ist, wird bewiesen durch die ausgedehnte Propaganda zu Gunsten dieses Komitees in der kommunistischen Geheimpresse. So läßt das „Sozialistische Bulletin“ No. 24 von Mitte November 1943 alle Mitglieder ein, die Emissionen des Senders des deutschen Befreiungskomitees anzuhören und fordert sie auf, das von diesem Komitee in der Schweiz veröffentlichte Bulletin zu lesen, „das sich auf das soeben in Moskau gegründete Komitee bezieht, dem die Urheber der Bewegung in der Schweiz kürzlich ein Telegramm geschickt haben“.

### d) Tschechoslowakisches Komitee.

Wenn wir auch keine genauen Angaben besitzen über das Bestehen

eines organisierten tschechoslowakischen Komitees, so ist doch das Bestehen einer tschechoslowakischen Division in Rußland bekannt, die mit der Roten Armee zusammenarbeitet und keinerlei Verbindung mit der Armee der tschechoslowakischen Regierung in London hat (Radio Moskau vom 20. September).

#### e) Österreichisches Komitee.

Es ist festzuhalten, daß zwar nicht in Moskau, aber in London am 5. November ein österreichisches Befreiungskomitee, das sich im wesentlichen aus Kommunisten und Monarchisten zusammensetzt, gegründet wurde. Es bleibt abzuwarten, in welcher Richtung sich dieses Komitee entwickeln wird, d. h. ob es eine angelsächsische oder eine sowjetrussische Politik verfolgt.

#### f) Jugoslawien.

Im früheren Reiche Peters II. ist die Lage besonders kompliziert und tragisch. Man kennt den Gegensatz, der zwischen der Armee des Generals Michailowitsch und der des Generals Tito besteht, welcher letzterer „schon gegen den Fascismus in Spanien gekämpft“ hat und „die Volksarmee für die nationale jugoslawische Befreiung leitet“ (Sozialistisches Bulletin, Oktober 1943). Das Bestehen dieser zwei Armeen ist ein Symbol für den Kampf um den Einfluß zwischen den Angelsachsen und der Sowjetunion. Die letztere erblickt in der Armee Titos, die sich nach dem Sozialistischen Bulletin vom Oktober 1943 „aus Proletariern aller Länder zusammensetzt“ und „eine lebendige Verkörperung des bekannten marxistischen Schlagwortes ‚Proletarier aller Länder vereinigt euch‘“ darstellen soll, ein Instrument, um sich sowohl der geistigen wie der diplomatischen Herrschaft über diese Gebiete zu versichern. „Dieser legendäre Michailowitsch,“ erklären die Kommunisten (Sozialistisches Bulletin, Oktober 1943), „der sich so leicht hin die Erfolge der Partisanen zuschreibt, kämpft dafür, um die nach London geflohene monarchistische Regierung und eine Gesellschaftsordnung wieder einzusetzen, die Jugoslawien zur Auflösung geführt hat, unter Mißachtung der Ideale und demokratischen Rechte, für die das Volk 1919 gekämpft hat, muß im Rahmen des Kampfes gegen den Fascismus in allen seinen Formen gebrandmarkt werden“. Diese Erklärung ist deutlich. Sie wird bestätigt durch die Emissionen des freien jugoslawischen Senders auf 25,26 Meter, die durch die kommunistischen geheimen Zeitungen zitiert werden<sup>6)</sup>.

<sup>6)</sup> Ob schon die jugoslawische Befreiungsregierung in ihren Reihen nur zwei Kommunisten zählt, bleibt doch die Tatsache bestehen, daß die UdSSR sich dieses Instrumentes bedient, indem sie den aufständischen Geist und die „Volksbasis“ dieser Bewegung hervorhebt und ständig die revolutionären Verdienste ihres Führers betont. Ubrigens hat am 21. Dezember, laut Pressemeldungen, die Regierung Tito alle Beziehungen zur legalen Exilregierung in Kairo abgebrochen.



## g) Italienisches Komitee.

Auch Italien hat seit einiger Zeit sein Moskauer Befreiungskomitee. Dieses, gebildet am 12. August, hat nach dem sowjetrussischen Radio „ein freies und unabhängiges Italien“ und „die Aufrichtung einer wahren Volksregierung“ zum Ziel. Man kann sich fragen, ob diese Geburtsanzeige den angelsächsischen Regierungen große Freude bereitet hat. . .

## h) Finnland.

Der berühmte Kuusinen, Mitglied des Vollzugsausschusses der Komintern, der im finnisch-russischen Krieg als Oberhaupt der „finnischen Volksregierung“ bezeichnet wurde, ist wiederum auf der politischen Bühne erschienen und enthüllt damit die Ziele der Moskauer Regierung in Bezug auf dieses kleine, freie Land. Im Oktober 1943 ließ Kuusinen in der Zeitschrift der Sowjetgewerkschaften „Der Krieg und die Arbeiterklasse“ zwei Artikel über Finnland erscheinen, in denen er das finnische Volk aufforderte, unverzüglich eine „der Sowjetunion genehme Volksregierung“ zu errichten.

Diese Haltung der russischen Regierung hat in den skandinavischen Staaten große Unruhe hervorgerufen, und die schwedische Zeitung „Svenska Dagbladet“ schreibt dazu:

„Alle Kreise, die wünschen, daß Finnland einen Frieden erhalte, der die Unabhängigkeit und Freiheit des Landes und befriedigende Beziehungen zu seinem östlichen Nachbar garantiert, fragen sich beunruhigt, ob man in dieser Handlungsweise die Art und Weise erblicken soll, wie Moskau die doch von Stalin anerkannte Atlantik-Charta auslegen will. . .“

## i) Baltische Staaten.

Die Stellung der Sowjetunion mit Bezug auf diese kleinen Staaten wird unter anderm gekennzeichnet durch die Tatsache, daß die obersten Sowjets und die Räte der Volkskommissäre der Sowjetrepubliken Litauen, Estland und Lettland in Moskau untergebracht sind. Sie tagen dort mit Zustimmung der leitenden Sowjetbehörden, welche sie als die rechtmäßigen Regierungen dieser Länder betrachten. Am 21. Juli fand in Moskau eine feierliche Versammlung dieser Präsidenten und Räte statt; sie richtete an die Bevölkerung der baltischen Länder einen Aufruf, der mit den Worten schloß: „Es leben die sozialistischen Sowjet-Republiken von Litauen, Estland und Lettland, es lebe die Sowjetunion, unser starkes und unbesiegbares Vaterland!“ Nach der Meinung der baltischen Völker über den Kommunismus wird auch heute nicht mehr gefragt als bei der Annexion dieser Staaten im Jahre 1940. . .

Diese Einzelheiten zeigen, mit welcher Methode und mittelst welcher Organisationen die Sowjetunion sich einen ausschlaggebenden Einfluß in den europäischen Ländern zu verschaffen sucht. Es bliebe nur noch, festzustellen, wie diese Länder selbst und die Angelsachsen darüber denken. Nicht zu leugnen ist aber, daß die in Moskau gegründeten Organisationen,

wenn sie in den betreffenden Ländern, die sie zu repräsentieren bestimmt sind, ans Ruder kommen, einerseits vom Prestige der Sowjetunion, andererseits von der Unterstützung der äußersten Linken dieser Länder mit ihrer festgefügtten Organisation profitieren würden. Damit aber verfügten sie über einen Trumpf, den die übrigen Exilregierungen nicht besitzen können.

### Schlußfolgerungen.

Diese rein dokumentarischen Tatsachen geben, wie uns scheint, auf die am Anfang dieses Artikels gestellte Frage, ob die Auflösung der Komintern eine wirkliche Änderung in der internationalen kommunistischen Tätigkeit herbeigeführt habe, eine deutlichere Antwort als alle Abhandlungen allgemeiner Art. Die politischen Beobachter vergessen bei ihrer Beurteilung der Lage zu oft, daß die Sowjetunion jede Möglichkeit ausnützt, um mit allen verfügbaren Mitteln ihren Einfluß in Europa zu verstärken. Ihre Armee ist erfolgreich. Ihre Diplomatie, die sich jetzt auf die militärische Macht stützen kann, weitet ihren Einfluß ständig aus (als Beispiel sei einmal ihre Tätigkeit im Mittelmeer-Komitee, dann in der Kontrollkommission für Italien, in der Interalliierten Kommission in London und endlich im Komitee von Algier genannt). Das dritte Element im Spiel Sowjetrußlands aber ist die Idee der Revolution. Es läßt sich, wie wir schon weiter oben feststellten, nicht leugnen, daß sie einen bereits gut vorbereiteten Boden bearbeitet. Wie groß würde wohl die Macht der Sowjetunion, wenn dann in den verwüsteten europäischen Ländern extreme Linkeregierungen, „frei gewählt durch das Volk“ (denn das sind sie nach der sowjetistischen Terminologie immer), zur Herrschaft kämen? Die Sowjetunion hätte damit, ohne eine einzige Division zu opfern, die Vormacht auf dem Kontinent gewonnen.

Glücklicherweise gibt es aber immer gewisse Umstände, die diesen Absichten im Wege stehen. So ist vor allem zu hoffen, daß das Nationalgefühl der Völker stärker sei als die Macht des Kommunismus, selbst wenn er in patriotischer Maske auftritt. Im weiteren ist es sicher, daß die Alliierten der Sowjetunion aus wirtschaftlichen wie aus politischen Gründen eine Umwälzung dieser Art in den europäischen Ländern niemals begrüßen können, und es ist nicht daran zu zweifeln, daß sie aus allen Kräften bestrebt sein werden, sich dem Spiel der Sowjets zu widersetzen. (Solche Bemühungen wurden an der Moskauer Konferenz ersichtlich, deren öffentlich bekannt gewordene Ergebnisse unsern Standpunkt nicht ändern können.) Folgendes aber ist festzuhalten: ein heftiger Kampf zwischen den Hütern der westlichen Zivilisation und den Parteigängern der kollektivistischen Revolution hat begonnen und er wird sich weiter entwickeln, je länger der Krieg dauert, vor allem aber im Zeitpunkt der Beendigung des Krieges, wenn dann Europa ausgeblutet vor Ruinen steht. Der Ausgang dieses Kampfes ist heute noch ungewiß. Jedenfalls ist es unsere Pflicht, diesen

Möglichkeiten ins Auge zu sehen und immer wachamer zu werden gegenüber der drohenden Gefahr — indem wir einerseits gegen die versteckten und offenen Revolutionäre in unserm Lande einen kompromißlosen Kampf führen, andererseits aber — und zwar nicht unter ihrem Druck — nach einer möglichst weitgehenden Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit trachten.

## Bund und Kanton.

Von Regierungsrat **Carl Ludwig**, Basel.

Die Frage „Bund und Kanton“ mag heute vielleicht auf den ersten Blick reichlich akademisch und nicht sehr aktuell erscheinen. Die großen, zum Teil sehr leidenschaftlich geführten Auseinandersetzungen zwischen Föderalismus und Zentralismus sind ja bereits im 19. Jahrhundert ausgetragen worden. Ins 20. Jahrhundert und hauptsächlich in die Zeit nach dem ersten Weltkrieg fallen nur noch einige wenige Nachzügler zu diesen Kämpfen. Bei den eidgenössischen Abstimmungen der letzten Jahrzehnte sind immer mehr rein realpolitische Überlegungen ausschlaggebend gewesen, d. h. Überlegungen darüber, was am praktischsten, am rationellsten, am bequemsten sei, und wenn man hierbei das Argument Föderalismus überhaupt noch ins Feld geführt hat, so ist das mehr als einmal ein bloßer Vorwand gewesen, um die wirklichen Motive zu verdecken, zu denen man sich öffentlich nicht zu bekennen wagte. In besonderer Weise ist das bei den Auseinandersetzungen über den Absinth- und den Alkoholartikel der Fall gewesen. Die letzte eidgenössische Volksbefragung, die dem Schweizerbürger Gelegenheit gegeben hat, sich zu einer sehr wichtigen Zuständigkeitsverschiebung von den Kantonen auf den Bund zu äußern, liegt allerdings erst wenige Jahre zurück — die Abstimmung über das Schweizerische Strafgesetzbuch. Aber gerade jenes Mal haben die Anhänger des Gesetzes den Gegnern mit einem gewissen Recht vorhalten können, daß der grundsätzliche Streitpunkt bereits im Jahre 1898 entschieden worden sei, als sich Volk und Stände über Artikel 64 bis der Bundesverfassung auszusprechen hatten.

Trotz dieser Entwicklung ist festzustellen, daß die Frage „Zentralismus oder Föderalismus“ gerade heute wieder eine besondere Bedeutung bekommen hat und zu den Problemen gehört, mit denen wir uns in der Nachkriegszeit sehr ernstlich auseinanderzusetzen haben werden.

Der Grund hiefür liegt in Folgendem: Auf dem Wege der Generalvollmachten ist eine sehr starke Verlagerung der Staatsgewalt auf den Bund begründet worden. Eine große Reihe von Kompetenzen, die vor dem Krieg bei den Kantonen gelegen hatten, steht jetzt eidgenössischen Instanzen zu.